

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

+ SPI

Fraktion im Bezirksrat Mitte

Drucksache Nr. 15-2226/2009

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN – Jan Haude – Lessingstr. 10 – 30159 Hannover
An den
Bezirksbürgermeister
im Stadtbezirk Mitte
Herr Rainer Folta o.V.i.A.

beschlossen mit:
10 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen

über den Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten

Hannover, 19.10.2009

Änderungs-
Antrag

gem. § 10 der Geschäftsordnung des Rates
der Landeshauptstadt Hannover
in die nächste Sitzung des Bezirksrates Mitte
Haushalt 2010
Haushalts-Sicherungs-Konzept 2010 – 2012 (HSK VIII)
Fachprogramm 22 - Bürgerbüro Stadtentwicklung

Die Verwaltung wird gebeten, für die Arbeit des Bürgerbüros Stadtentwicklung weiterhin
115.000,- €
in den Haushalt 2010 ff einzustellen.

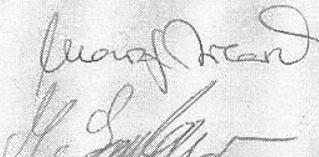
Begründung:

„Die Anlaufstelle für BürgerInnen außerhalb der Verwaltung“ muß erhalten bleiben. Das Bürgerbüro Stadtentwicklung (BBS) ist Initiator und Organisator von Bürgerbeteiligung bei der Entwicklung von Zukunftsideen für das Leben und Wohnen in Hannover. Es reagiert auf bzw. antizipiert bürgernah absehbare Veränderungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und sich daraus ergebender Probleme.

Es leitet BürgerInnen unterschiedlich strukturierter Stadtteile an, ihr Wohnumfeld intensiver wahrzunehmen und mitzugestalten.


Fraktionsvorsitzender

Jan Haude



Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jan Haude, Lessingstr. [HYPERLINK](mailto:jan.haude@web.de)
"mailto:jan.haude@web.de" 10, 30159 Hannover, [HYPERLINK](mailto:jan.haude@web.de) "mailto:jan.haude@web.de"
jan.haude@htp-tel.de

SPD

**Fraktion im
Bezirksrat der**

Landeshauptstadt

Hannover

Vahrenwald-List

**Bruno Gill
Apenrader Straße 23
30165 Hannover**



**Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtbezirksrat
Vahrenwald-List**

Hannover, den 27.10.2009

An die
Bezirksbürgermeisterin
im Stadtbezirk Vahrenwald-List
Frau Edit Bastian
o.V.i.A.

Drucksache Nr. 15-2281/2009

13 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, 5 Enthaltungen

über den Fachbereich Zentrale Steuerung
Bereich Rats- und Bezirkratsangelegenheiten - OE 18.62.2

Änderungsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zu DS 1858/2009 Haushaltssicherungskonzept in die nächste Sitzung des Stadtbezirksrates Vahrenwald-List

Der Bezirksrat möge beschließen:

Das Haushaltssicherungskonzept wird in folgendem Punkt verändert:

Im Block Fachprogramme unter Nr. F22 werden die Zuschüsse für das Bürgerbüro Stadtentwicklung lediglich um 35.000 € gekürzt.

Begründung:

Das Bürgerbüro Stadtentwicklung informiert und unterstützt Bürgerinnen und Bürger bei Projekten der Stadtentwicklung und hat sich darin einen guten Ruf erworben. Der Bezirksrat Vahrenwald-List hat selbst schon von der Arbeit des Bürgerbüros profitiert. Durch Vermittlung einer studentischen Arbeitsgruppe wurden dem Bezirksrat interessante Vorschläge unterbreitet, wie die Podbielskistraße aufgewertet werden könnte. Um das Fortbestehen des Bürgerbüros zu gewährleisten, soll der Zuschuss nur zum Teil gekürzt werden.

Bruno Gill
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Eberhard Mecklenburg
(Fraktionsvors. Bündnis 90/Die Grünen)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtbezirksrat Vahrenwald-List

18 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen

An die
Bezirksbürgermeisterin
im Stadtbezirk Vahrenwald-List
Frau Edit Bastian

Drucksache Nr. 15-2282/2009

über das Hauptamt,
Abteilung für Rats- und Bezirksratsangelegenheiten

Hannover, den 27.10.2009

Änderungsantrag gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zu DS 1858/2009 Haushaltssicherungskonzept in die nächste Bezirksratsitzung

Der Bezirksrat möge beschließen:

Das Haushaltssicherungskonzept wird in folgenden Punkten verändert:

1. Im Block Personalmaßnahmen werden keine Kürzungen im Bereich Stadtbezirksmanagement und –betreuung vorgenommen.
2. Im Block Fachprogramme unter Nr. F10 wird das Fachprogramm Beteiligung aus den geplanten Kürzungen herausgenommen.

Begründung:

Für die Stadtbezirke hat sich in den letzten 1,5 Jahren einiges verändert. Mit den neu angestellten StadtbezirksmanagerInnen haben Bürgerinnen und Bürger einen Ansprechpartner, der sie bei Anliegen an die Verwaltung unterstützt. Dadurch konnte die Verwaltung eine größere Bürgernähe erreichen.

Zusätzlich haben sich in diesem Jahr in nahezu allen Stadtbezirken, ausgehend von den Bezirksräten, Integrationsbeiräte gebildet. Die Betreuung der Integrationsbeiräte wird von den BezirksratsbetreuerInnen mit übernommen, was zu einer Arbeitsverdichtung bei den BetreuerInnen geführt hat. Die geplanten Einsparungen in diesem Bereich belasten die betroffenen MitarbeiterInnen über Gebühr und führen wieder zu einer Reduzierung der sich gerade entwickelnden Bürgernähe.

Bei Beteiligungsprojekten des Fachprogramms Beteiligung wird Kindern und Jugendlichen Kommunalpolitik und kommunales Handeln näher gebracht und gezeigt, wie sie selbst auch mitwirken können. Wir halten dieses Fachprogramm für eine Investition in die Zukunft, um das Interesse der nachfolgenden Generation an Politik und unserem demokratischen System zu stärken.

Eberhard Mecklenburg
(Fraktionsvorsitzender)

Horst Knoke * Strousbergstr. 9 * 30449 Hannover * Tel.: 440184 * email: horst @knoke-hannover.de

An die
Bezirksbürgermeisterin
im Stadtbezirk Linden-Limmer
Frau Barbara Knoke
über Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten
OE 18.62.3
Tramplatz 2, Rathaus

Hannover, den 04.10.2009

30159 Hannover

**Anlage 3 zum SPD-Änderungsantrag
zum Haushaltsplan (TOP 4.2)**

Abstimmung:

12 Ja

0 Nein

3 Enthaltungen

Antrag

Gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates in die nächste Sitzung des Stadtbezirkes Linden-Limmer zum Thema:

Haushalt 2010

Haushaltssicherungskonzept 2010 bis 2012 (HSK VII)

Fachprogramm 9: Kein weiterer Ausbau der Familienzentren

Die Verwaltung wird, gebeten, entsprechend des Ratsbeschlusses auch zukünftig jährlich vier zusätzliche Familienzentren zu schaffen und auf den Stopp des Ausbaus zu verzichten.

Begründung:

Die Begründung zum Stopp des Ausbaus ist nicht schlüssig, sondern sogar falsch. Bei über 40 Stadtteilen hat nicht einmal jeder Stadtteil ein Familienzentrum. Es existieren gerade etwas mehr als ein Familienzentrum pro Stadtbezirk. Daher ist die Aussage die Zentren sind von den Einwohnerinnen und Einwohnern relativ schnell zu erreichen schlichtweg falsch. Gerade die Klientel der Zentren sind Kinder, Jugendliche bzw. Menschen aus sozial schwächeren Bevölkerungsschichten. Diese Klientel ist oft nicht so mobil, dass sie die für sie weiter entfernt liegenden Zentren aufsuchen kann. Daher ist zwingend notwendig, den Ausbau weiter voran zu treiben und nicht den Kürzungsüberlegungen zum Opfer fallen zu lassen.

Rosi Schlätel
stv. Fraktionsvorsitzende

An die
Bezirksbürgermeisterin
im Stadtbezirk Linden-Limmer
Frau Barbara Knoke
über Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten
OE 180.62.3
Tramplatz 2, Rathaus

Hannover, den 04.10.2009

30159 Hannover

**Anlage 7 zum SPD-Änderungsantrag
zum Haushaltsplan (TOP 4.2)**

Abstimmung:

12 Ja

0 Nein

3 Enthaltungen

Antrag

Gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rates in die nächste Sitzung des Stadtbezirkes Linden-Limmer zum Thema:

Haushalt 2010

Haushaltssicherungskonzept 2010 bis 2012 (HSK VII)

Einnahmeerhöhung 13: Erhöhung der Veranstaltungs- und Kursentgelte in Stadtteilkultureinrichtungen

Die Verwaltung wird gebeten, die geplante Erhöhung der Veranstaltungs- und Kursentgelte in Stadtteilkultureinrichtungen nicht zu realisieren.

Begründung:

Eine Erhöhung der Veranstaltungs- und Kursentgelte in Stadtteilkultureinrichtungen trifft gerade einkommensschwache Bürger, für die Kurse und Veranstaltungen in Stadtteilkultureinrichtungen oft die einzige Möglichkeit sind, an Qualifizierungen und Weiterbildungen, aber auch kulturellen Veranstaltungen teilzunehmen. Eine Erhöhung dieser Entgelte würde dazu führen, dass diese Menschen von diesen, auch für sie wichtigen, Events ausgeschlossen würden.

Rosi Schlätel
stv. Fraktionsvorsitzende

Gabriele Baumgart * 30459 Hannover *Fortunastr, Tel.: 0511440710 * email: gabriele.baumgart@web.de

An die
Bezirksbürgermeisterin
im Stadtbezirk Linden-Limmer
Frau Barbara Knoke
über Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten
OE 18.62.3
Tramtplatz 2,Rathaus

Hannover, den 04.10.2009

30159 Hannover

**Anlage 4 zum SPD-Änderungsantrag
zum Haushaltsplan (TOP 4.2)
Abstimmung:
einstimmig**

Antrag

Gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates in die nächste Sitzung des Stadtbezirkes Linden-Limmer zum Thema:

Haushalt 2010

HaushaltsSicherungsKonzept (HSK VII)

Fachprogramm F 10: Kürzung der Mittel für die Gewaltprävention

Die Verwaltung wird gebeten, für die Förderung von Projekten zur Gewaltintervention und -prävention weiterhin

51.500 €

in den Haushalt 2010 ff einzustellen.

Begründung:

Die Mittel für Projekte zur Gewaltintervention und –prävention werden in der heutigen Zeit immer wichtiger, da zunehmend Kinder und Jugendliche ein Gewaltproblem haben oder Opfer von Gewalt sind. Immer mehr Kinder und Jugendliche wachsen in einem schwierigen sozialen Umfeld auf. Die mit viel Erfolg laufenden Projekte werden auch in Zukunft gebraucht und verhindern so Gewalttaten, die viel höhere Kosten verursachen würden.

Rosi Schlätel
stv. Fraktionsvorsitzende

An die
Bezirksbürgermeisterin
im Stadtbezirk Linden-Limmer
Frau Barbara Knoke
über Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten
OE 18.62.3
Tramplatz 2, Rathaus

Hannover, den 04.10.2009

30159 Hannover

**Anlage 1 zum SPD-Änderungsantrag
zum Haushaltsplan (TOP 4.2)**

Abstimmung:

12 Ja

0 Nein

3 Enthaltungen

Antrag

Gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates in die nächste Sitzung des Stadtbezirkes Linden-Limmer zum Thema:

Haushalt 2010

Haushaltssicherungskonzept 2010 bis 2012 (HSK VII)

Fachprogramm 1: Kürzung der Zuschüsse für interkulturelle Angelegenheiten

Die Verwaltung wird gebeten, die Zuschüsse für interkulturelle Angelegenheiten nicht zu kürzen, sondern den Haushaltsansatz wie in 2009 weiter fortzuschreiben.

Begründung:

Durch diese Mittel werden Angebote für Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund gefördert. Eine Kürzung der Mittel würde zu einer Verringerung bzw. ebenfalls zu einer Verschlechterung der Angebote für diesen Personenkreis führen. Das Argument, dass nur wenig Mittel bei den Integrationsbeiräten abgeflossen sei, ist nicht schlüssig. Die Integrationsbeiräte wurden erst zur Mitte des Jahres 2009 berufen und konnten erst in der zweiten Hälfte des Jahres in Arbeit aufnehmen und nach einer organisatorischen Findungsphase sich mit Anträgen auf Förderung bzw. mit eigenen Projekten befassen. Mit der Einrichtung der Integrationsbeiräte wollte der Oberbürgermeister die Wichtigkeit solcher Aufgaben deutlich machen. Eine Kürzung der Mittel wäre deshalb kontraproduktiv und würde daneben auch in der Außendarstellung einen negativen Eindruck bei den Betroffenen bewirken.

Rosi Schlätel
stv. Fraktionsvorsitzende

Rosi Schlätel * Ricklinger Str. 46 * 30449 Hannover* Tel.: 45 67 76

An die
Bezirksbürgermeisterin
im Stadtbezirk Linden-Limmer
Frau Barbara Knoke
über Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten
OE 18.62.3
Tramplatz 2, Rathaus

Hannover, den 04.10.09

30159 Hannover

**Anlage 2 zum SPD-Änderungsantrag
zum Haushaltsplan (TOP 4.2)**

Abstimmung:

12 Ja

0 Nein

3 Enthaltungen

Antrag

Gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates in die nächste Sitzung des Stadtbezirkes Linden-Limmer zum Thema:

Haushalt 2010

Haushaltssicherungskonzept 2010 bis 2012 (HSK VII)

Fachprogramm 8: Kein weiterer Ausbau der flächendeckenden Sprachförderung

Der Bezirksrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, von dem Vorschlag im Bereich der Sprachförderung 100 000,-€ einzusparen Abstand zu nehmen.

Begründung:

Die Sprachförderung ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine gute Integration. Die gerade anlaufenden Rucksackprojekte, die neben Sprachkompetenzen auch viel ehrenamtliches Engagement fördern, sind ein gelungenes Beispiel auch über unsere Stadtgrenzen hinaus und sollten auf keinen Fall durch so hohe Einsparungen gefährdet werden.

Rosi Schlätel
stv. Fraktionsvorsitzende

An die
Bezirksbürgermeisterin
im Stadtbezirk Linden-Limmer
Frau Barbara Knoke
über Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten
OE 18.62.3
Tramtplatz 2, Rathaus

Hannover, den 04.10.2009

30159 Hannover

**Anlage 5 zum SPD-Änderungsantrag
zum Haushaltsplan (TOP 4.2)**

Abstimmung:

12 Ja

0 Nein

3 Enthaltungen

Antrag

Gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates in die nächste Sitzung des Stadtbezirkes Linden-Limmer zum Thema:

Haushalt 2010

HaushaltsSicherungsKonzept 2010 – 2012 (HSK VII)

Fachprogramm 22 - Bürgerbüro Stadtentwicklung

Die Verwaltung wird gebeten, für die Arbeit des Bürgerbüros weiterhin

115.000,- €

in den Haushalt 2010 ff einzustellen.

Begründung:

„Die Anlaufstelle für BürgerInnen außerhalb der Verwaltung“ muß erhalten bleiben. Das BBS ist Initiator und Organisator von Bürgerbeteiligung bei der Entwicklung von Zukunftsideen für das Leben und Wohnen in Hannover. Es reagiert auf bzw. antizipiert bürgernah absehbare Veränderungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und sich daraus ergebender Probleme. Es leitet BürgerInnen unterschiedlich strukturierter Stadtteile an, ihr Wohnumfeld wahrzunehmen und mitzugestalten.

Rosi Schlätel
stv. Fraktionsvorsitzende

Gabriele Baumgart * 30459 Hannover *Fortunastr,* Tel.: 0511440710 * email: gabriele.baumgart@web.de

An die
Bezirksbürgermeisterin
im Stadtbezirk Linden-Limmer
Frau Barbara Knoke
über Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten
OE 18.62.3
Tramtplatz 2,Rathaus

Hannover, den 04.10.2009

30159 Hannover

**Anlage 8 zum SPD-Änderungsantrag
zum Haushaltsplan (TOP 4.2)**

Abstimmung:

7 Ja

5 Nein

3 Enthaltungen

Antrag

Gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates in die nächste Sitzung des Stadtbezirkes Linden-Limmer zum Thema:

Haushalt 2010

HaushaltsSicherungskonzept (HSK VII)

Einkommenserhöhung 14: Eintrittspreise für die Herrenhäuser Gärten

Die Verwaltung wird gebeten, alle Eintrittspreise für die Herrenhäuser Gärten generell um 25 % zu erhöhen. Die Preise für die Kinder- und Jugendkarten sollen bei 1€ bzw. bei 1,50€ liegen.

Begründung:

Die im Haushaltssanierungskonzept unterschiedlich vorgesehenen prozentualen Erhöhungen sind nicht nachvollziehbar: die Kombikarte Großer Garten und Berggarten soll um 25% erhöht werden, die Kombikarte Winter soll um 75%, die Einzelkarte Berggarten auch um 75%, die Gruppenkarte um 14,3% und die Jahreskarte um 66,6% erhöht werden. Aus sozialen Gesichtspunkten ist es zu verantworten, die Eintrittskarten moderat um 25% einheitlich zu erhöhen. Die Kinder- und Schülerkarten sind aus sozialen Gründen auf den niedrigeren vorgesehenen Wert festzulegen.

Rosi Schlätel
stv. Fraktionsvorsitzende

Gabriele Baumgart * 30459 Hannover *Fortunastr, Tel.: 0511440710 * email: gabriele.baumgart@web.de

An die
Bezirksbürgermeisterin
im Stadtbezirk Linden-Limmer
Frau Barbara Knoke
über Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten
OE 18.62.3
Tramtplatz 2,Rathaus

Hannover, den 04.10.2009

30159 Hannover

**Anlage 6 zum SPD-Änderungsantrag
zum Haushaltsplan (TOP 4.2)**

Abstimmung:

12 Ja

0 Nein

3 Enthaltungen

Antrag

Gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates in die nächste Sitzung des Stadtbezirkes Linden-Limmer zum Thema:

Haushalt 2010

HaushaltsSicherungsKonzept (HSK VII)

Einkommenserhöhung 1: Eintrittspreise für Bäder

Die Verwaltung wird gebeten die Eintrittspreise für die städtischen Bäder nicht zu erhöhen, sondern auf dem derzeitigen Stand zu halten.

Begründung:

Viele Familien, Bezieher von niedrigem Einkommen und Harz IV-Empfänger haben keinen Einkommensspielraum mehr um sich höhere Eintrittspreise in die Schwimmbäder leisten zu können. Damit dieser Personenkreis künftig weiterhin die Schwimmbäder nutzen kann ist eine Erhöhung der Preise nicht möglich.

Rosi Schlätel
stv. Fraktionsvorsitzende

SPD

Fraktion im Bezirksrat der

Landeshauptstadt

Hannover

Einstimmig beschlossen

Ahlem-Badenstedt-Davenstedt
Rainer Göbel, Geveker Kamp 68, 30453 Hannover

Hannover, den 05.11.2009

An den
Bezirksbürgermeister
im Stadtbezirk
Ahlem-Badenstedt-Davenstedt
Herrn Wilfried Gunkel

Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste,
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten

Antrag gem. § 12 der GO des Rates der Landeshauptstadt Hannover
in die Bezirksratssitzung am 29.10.2009
Haushaltssicherungskonzept 2010 bis 2012 (HSK VII)

Der Bezirksrat möge beschließen:

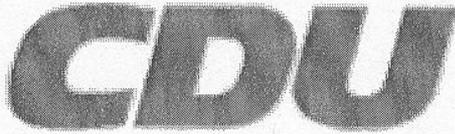
Dass die im Haushaltssicherungskonzept vorgeschlagene Konzentration der Integrativen Stadtteilarbeit auf das Quartiersmanagement nicht durchgeführt wird.

Begründung:

Der Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt hat in seiner letzten Sitzung einstimmig die Aufnahme des Bereichs Im Großen Büchenfeld in das Programm „Integrative Stadtteilarbeit“ beschlossen, um der schwindenden Attraktivität, insbesondere durch Aufgabe von Geschäftsstandorten, im Interesse der EinwohnerInnen entgegen zu wirken. Diese Notwendigkeit wurde auch seitens der Verwaltung durch Maßnahmen zur Belebung des Wochenmarktes und Ausweisung eines Büchereibusstandortes anerkannt. Weitere Maßnahmen sind deshalb unbedingt erforderlich.

Rainer Göbel
Fraktionsvorsitzender

f.d. Richtigkeit:
Andrea Wiegand



Abstimmung: Einstimmig	
Ja-Stimmen	18
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	1

Drucksache Nr. 15-2335/2009

Vorinst. ,den 12.10.09

Wolfgang Neubauer
Quantelholz 38

30419 Hannover

Fraktion der
Christlich Demokratischen Union
im Stadtbezirksrat Herrenhausen-Stöcken
der Landeshauptstadt Hannover

An die Bezirksbürgermeisterin
im Stadtbezirk Herrenhausen-Stöcken
Frau Heidi Stolzenwald
über den
Bereich Rats-und Bezirksratsangelegenheiten

Änderungs-
Antrag

gemäß § 10 GO der Landeshauptstadt Hannover
in die nächste Sitzung des Stadtbezirksrates
zu **DS 1858/2009** (HSK VII)

Der Bezirksrat möge beschließen:

Im Block 6 des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK VII) werden die beabsichtigten Einnahmeerhöhungen zu Nr. E 14 — Erhöhung der Eintrittspreise für die Herrenhäuser Gärten — (Anlage 1, Seite 53) wie folgt **verändert**:

- 5. Spiegelstrich: Jahreskarte von 15,00 € auf 20,00 € (statt 25,00 €)
- 8. Spiegelstrich: Jahreskarte Familie 40 € (statt 50,00 €).

Begründung:

Mit der Einführung der Eintrittsgelder für den Großen Garten und wenige Jahre später auch für den Berggarten in Herrenhausen sind für die Anlieger in der näheren Umgebung der Gartenanlagen diese Bereiche als kostenfreie Naherholungsgebiete entfallen.

Mit dem Anreiz von wirklich preiswerten Jahreskarten und Familienjahreskarten können die Gärten für die gärtennahe Bevölkerung wieder attraktiv gemacht und als „fast kostenfreies“ Naherholungsgebiet wie in früheren Zeiten angeboten werden.

(Neubauer), Fraktionsvorsitzender

SPD

Fraktion im Bezirksrat der

Landeshauptstadt

Hannover

Herrenhausen - Stöcken
Holger Diener, Alte Ziegelei 18, 30419 Hannover

An die
Bezirksbürgermeisterin
im Stadtbezirk
Herrenhausen-Stöcken
Frau Margrit Heidi Stolzenwald

über das Amt für zentrale Dienste
Abteilung für Rats- und
Bezirksratsangelegenheiten

Hannover, 28.10.2009

Änderungsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates
der Landeshauptstadt Hannover
in die nächste Sitzung des Bezirksrates
Zum Haushaltssicherungskonzept 2010-2012 (HSK VII) Drucks. Nr.
1858/2009: Personalmaßnahmen und Sonstiges

Der Bezirksrat möge beschließen:

Das Haushaltssicherungskonzept wird in folgenden Punkten verändert:

1. Im Block „*Personalmaßnahmen*“ werden keine Kürzungen im Bereich Stadtbezirksmanagement und -betreuung vorgenommen. **A3/412**
2. Die Mittel aus dem HSK - Block „*Fachprogramme*“ für die Punkte F1 (Zuschüsse für interkulturelle Angelegenheiten), F8 (Ausbau der flächendeckenden Sprachförderung), F9 (Ausbau der Familienzentren), F10 (Mittel für Jugendprojekte „Kulturelle Bildung“, Gewaltprävention“ und „Beteiligung“) und F22 (Zuschüsse für das Bürgerbüro Stadtentwicklung) werden nicht gekürzt bzw. gestrichen. **A3/412**
3. Im Block „*Einnahmeerhöhungen*“ wird unter Punkt E 1 das Stöckener Bad von der Erhöhung der Eintrittspreise ausgenommen. Der Punkt E 14 wird wie folgt modifiziert: Der Eintritt in den Berggarten wird nicht von 2.- auf 3.- Euro erhöht; ebenso werden die Eintrittspreise für Kinder und Schüler nicht erhöht. **A8/011**
4. Im HSK – Block „*Strukturmaßnahmen*“ wird von dem Punkt S 9 (Selbstverbuchung im Bibliotheksbereich durch Einführung von Kassenautomaten) Abstand genommen. **A3/412**

Abstimmung: Einstimmig	
Ja-Stimmen	5
Nein-Stimmen	5
Enthaltungen	

Drucksache Nr.

15-2336/2009

Abstimmung:	
Einstimmig	
Ja-Stimmen	
Nein-Stimmen	
Enthaltungen	

Begründung:

Zu 1.:

Für die Stadtbezirke hat sich in den letzten 1,5 Jahren einiges verändert. Mit den neu angestellten StadtbezirksmanagerInnen haben die Bürgerinnen und Bürger einen Ansprechpartner, der sie bei Anliegen an die Verwaltung unterstützt. Dadurch konnte die Verwaltung eine größere Bürgernähe erreichen. Viele Projekte wurden initiiert und angeschoben, so dass ein Fazit zu dieser Position frühestens nach 3 Jahren zu ziehen ist.

Zu 2.:

Alle diese Projekte haben was mit Integration und Förderung des guten Zusammenlebens zu tun. Fast überall haben sich inzwischen Integrationsbeiräte gebildet, deren Arbeit zum Teil mit viel Engagement und Energie betrieben wird. Diese Mittel nun zu kürzen, würde dieser Idee einer integrativen Beteiligung völlig zuwider laufen und wäre das falsche Zeichen. Die Sprachförderung ist eine der wichtigsten Grundlagen für die Bildung. Auch hier wäre eine Kürzung – unabhängig von der Zuständigkeit und Pflicht des Landes – das völlig falsch verstandene Signal. Bei den Familienzentren ist ein völliger Verzicht auf den weiteren Ausbau in dieser massiven Festlegung unnötig. Der Einzelfall sollte hier – bedarfsabhängig – immer noch möglich bleiben. Die Mittel für Jugendprojekte dürfen nicht gekürzt werden, weil diese dringend erforderlich sind und der gute Arbeit der Träger von Jugendeinrichtungen zuwiderlaufen würden. Bei Beteiligungsprojekten des Fachprogramms Beteiligung wird Kindern und Jugendlichen Kommunalpolitik und kommunales Handeln näher gebracht und gezeigt, wie sie selbst auch mitwirken können. Dieses Fachprogramm ist eine Investition in die Zukunft, um das Interesse der nachfolgenden Generationen an Politik und Gesellschaft zu stärken.

Zu 3:

Ohne Attraktivitätssteigerung rechtfertigt sich eine Erhöhung der Eintrittspreise im Stöckener Bad nicht (S. Antrag Kleinkindbereich). Das Bad ist mithin nicht mit dem Stadionbad oder Nord-Ost-Bad bzgl. Ausstattung und Attraktivität vergleichbar. Daher darf für dieses Bad keine Erhöhung erfolgen.

Der Berggarten ist die einzige fußläufig erreichbare Grünanlage für Bewohnerinnen und Bewohner aus Herrenhausen. Es ist nicht einzusehen, dass der ohnehin schon teure Eintritt für den Berggarten jetzt auch noch erhöht werden soll; wer nahe der Eilenriede wohnt, muss für seinen Spaziergang im Grünen nicht bezahlen, was sowieso schon eine Ungleichbehandlung ist. Das Hauptaugenmerk von Touristen ist ohnehin auf den Großen Garten und das zukünftige Schloss gerichtet. Völlig falsch und daher abzulehnen ist auch eine Erhöhung der Eintrittspreise für Schüler und Kinder.

Zu 4.:

Kassenautomaten mit Selbstverbuchung in Bibliotheken schrecken bestimmte Personengruppen wie Kinder und ältere Menschen vom Besuch ab. In Universitätsbibliotheken ist dies sicherlich machbar, da die Studenten hier weniger Probleme damit haben. Fraglich ist auch, ob der Betrieb von Kassenautomaten und entsprechende Anlagen zur Selbstverbuchung langfristig wirklich günstiger sind. Vom diesen System ist daher Abstand zu nehmen.

Fraktionsvorsitzender


gez. Holger Diener